

**Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister**

Ausschussbetreuender Fachbereich Allgemeine Verwaltung, Verwaltungssteuerung	Datum 18.12.2008
	Schriftführung Christian Ruhe
	Telefon-Nr. 02202/142237
Niederschrift	
Hauptausschuss	Sitzung am Dienstag, 9. Dezember 2008
Sitzungsort Rathaus Bensberg, Ratssaal, Wilhelm-Wagener-Platz, 51429 Bergisch Gladbach	Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis) 17:05 Uhr - 19:28 Uhr
	Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis) keine
Sitzungsteilnehmer Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis	
Tagesordnung	

A Öffentlicher Teil

- 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil**
- 3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Hauptausschusses am 16.09.2008 - öffentlicher Teil**
699/2008
- 4. Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 10. Verkehrsführung Stadtmitte**
- Grundsatzbeschlüsse
679/2008
- 5. Dienstreisen**
 - 5.1. Nachträgliche Genehmigung einer Dienstreise und Beschluss von generellen Dienstreisegenehmigungen**
651/2008
 - 5.2. Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung**
hier: Dienstreise des Seniorenbeirates nach Iserlohn

- 695/2008
- 5.3. Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung
hier: Genehmigung einer Dienstreise nach Essen**
696/2008
- 5.4. Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung gemäß § 60 Absatz 2 GO NRW
über die Genehmigung der Dienstreisen der Ratsmitglieder Fabian Schütz und
Hendrik Sonnenberg sowie des sachkundigen Bürgers Mirko Komenda zum 1.
ISG-Forum NRW am 24.11.2008 in Düsseldorf**
670/2008
- 5.5. Dienstreisegenehmigung zur Teilnahme an der 70. Sitzung der
Arbeitsgemeinschaft des Städte- und Gemeindebundes Nordrhein-Westfalen für
den Regierungsbezirk Köln am 11.12.2008 in Lindlar**
453/2008
- 6. Haushalt 2009**
701/2008
- 7. Stellenplan 2009**
718/2008
- 8. Abordnung städtischer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der K-A-S sowie des
Sachgebietes Unterhaltsheranziehung zum Rheinisch-Bergischen Kreis**
689/2008
- 9. Pflege der städtepartnerschaftlichen Beziehungen**
720/2008
- 11. Regionale 2010 Königsforst/Wahner Heide
hier: Beitritt zu den Vereinen "Forum Nationales Naturerbe Wahner
Heide/Königsforst e.V." sowie "Historisches Forsthaus Steinhaus im Königsforst
e.V."**
694/2008
- 12. Neufassung der Hauptsatzung der Stadt Bergisch Gladbach**
78/2008 - 1
- 13. Informationen zur geschäftlichen Entwicklung von Beteiligungsgesellschaften**
714/2008
- 14. Änderung in der Besetzung des Beirates für die Belange von Menschen mit
Behinderungen**
598/2008
- 15. Anträge der Fraktionen**
- 15.1. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90 /DIE GRÜNEN vom 24.11.2008, den
sachkundigen Bürgerinnen und Bürgern den Zugang zum nichtöffentlichen
Bereich des Ratsinformationssystems zu ermöglichen**

732/2008

16. Anfragen der Ausschussmitglieder

B **Nichtöffentlicher Teil**

1. **Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - nichtöffentlicher Teil**

2. **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Hauptausschusses am 16.09.2008 - nichtöffentlicher Teil**
700/2008

3. **Mitteilungen des Bürgermeisters**

- 3.1. **Mitteilung zum Ratsinformationssystem**
737/2008

4. **Anträge der Fraktionen**

5. **Anfragen der Ausschussmitglieder**

Protokollierung

A Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

@->

Bürgermeister Orth eröffnet die 23. Sitzung des Hauptausschusses in der siebten Wahlperiode. Er stellt fest, dass der Hauptausschuss ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist.

Für die Sitzung sind Herr Hagen und Herr Nagelschmidt (beide CDU) entschuldigt. Sie werden vertreten durch Frau Bendig und Frau Holtzmann (beide CDU).

Herr Orth benennt daraufhin die für die Sitzung relevanten Unterlagen:

- die Einladung vom 26.11.2008 mit den dazugehörigen Vorlagen und
- Beratungsergebnisse zu den Vorlagen 679/2008 und 694/2008 (TOP A 10 und A 11 der heutigen Sitzung) aus der gemeinsamen Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr und des Planungsausschusses am 02.12.2008 und aus der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr am 04.12.2008 als Tischvorlage.

Herr Orth schlägt vor, die Beratungen zu TOP A 10 in der Tagesordnung vorzuziehen und direkt nach den Mitteilungen des Bürgermeisters (TOP A 4) zu behandeln, da zwei Vertreter der beiden die Stadt beratenden Planungsbüros anwesend seien und den Hauptausschussmitgliedern für Fragen zur Verfügung stünden.

Mit diesem Vorschlag zeigt sich der Hauptausschuss einvernehmlich einverstanden.

<-@

2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil

@->

Die Niederschrift über die Sitzung des Hauptausschusses am 16.09.2008 - öffentlicher Teil - wird genehmigt.

<-@

3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Hauptausschusses am 16.09.2008 - öffentlicher Teil

@->

Der schriftliche Bericht wird zur Kenntnis genommen.

<-@

4. Mitteilungen des Bürgermeisters

@->

Mitteilung zur Teilnahme an dem Projekt „Simply City“

Herr Orth teilt mit, die Verwaltung beabsichtige eine Teilnahme der Stadt Bergisch Gladbach an dem landesweiten Projekt „Simply City“. Dabei gehe es darum, in einem Wettbewerb Planungsmittel des Landes zu erhalten mit dem Ziel der Bereinigung und Beruhigung des Stadtbildes auch in Bezug auf die Verkehrsbeschilderung. Sofern die Stadt Bergisch Gladbach in dem Wettbewerbsverfahren erfolgreich sein sollte, werde die Verwaltung die zuständigen Gremien informieren und ihnen Beschlussvorschläge unterbreiten.

Herr Dr. Baeumle-Courth fragt, welchen Personalaufwand die Wettbewerbsteilnahme verursachen werde, worauf Herr Orth antwortet, dass dies den Hauptausschussmitgliedern vorgelegt werde, wenn die Bewerbung der Stadt erfolgreich verlaufen sollte.

<-@

10. Verkehrsführung Stadtmitte - Grundsatzbeschlüsse

@->

Herr Orth weist darauf hin, dass der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr und der Planungsausschuss in ihrer gemeinsamen Sitzung am 02.12.2008 eine von dem Beschlussvorschlag I. der Verwaltung abweichende Beschlussempfehlung gefasst hätten und dem Beschlussvorschlag II. der Verwaltung in ihrer Beschlussempfehlung gefolgt seien. Zur näheren Erläuterung verweist Herr Orth auf die den Hauptausschussmitgliedern vorliegende Tischvorlage. Herr Orth fragt, ob die Hauptausschussmitglieder eine weitere Information wünschen würden. Hierzu stünden Herr Krause (FB 6-611) und die beiden Vertreter der die Stadt beratenden Planungsbüros zur Verfügung.

Herr Mömkes erläutert, dass die CDU-Fraktion dies - sofern keine neuen Planungsfortschritte oder Erkenntnisse vorlägen - nicht für notwendig halte, da das Thema in den benannten Ausschüssen und in den Fraktionen und Arbeitskreisen ausführlich beraten worden sei.

Herr Waldschmidt schließt sich dieser Auffassung an.

Herr Orth antwortet, dass keine neuen Planungsfortschritte oder Erkenntnisse vorlägen.

Herr Lang erklärt, dass der BfBB-Fraktion zwar noch vieles unklar sei; dies könne jedoch wohl erst nach weiteren Überprüfungen geklärt werden.

Herr Orth verliest daraufhin die Beschlussempfehlungen des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr und des Planungsausschusses aus der gemeinsamen Sitzung am 02.12.2008 (Tischvorlage).

Herr Dr. Baeumle-Courth bittet darum, die beiden Sätze zu I. der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr und des Planungsausschusses getrennt abzustimmen. Ansonsten müsse sich die Fraktion

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN enthalten, da sie die große Kreisellösung an der Hauptstraße/Odenthaler Straße für „mittlerweile ausgeprüft“ halte und der Aufwand dafür viel zu groß wäre.

Der Hauptausschuss fasst daraufhin mehrheitlich gegen die Stimme der BfBB folgenden **Beschluss**:

- I. **Dem vorgestellten Verkehrssystem „Erschließungsspanne Gohrsmühle - Schnabelsmühle - Hauptstraße“ für den Streckenabschnitt zwischen dem Driescher Kreuz und dem Knoten Schnabelsmühle wird im Grundsatz zugestimmt und die Verwaltung mit der planerischen Vertiefung beauftragt.**

Der Hauptausschuss fasst daraufhin mehrheitlich gegen die Stimmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und BfBB folgenden **Beschluss**:

Des Weiteren wird die Verwaltung beauftragt, für den Abschnitt Hauptstraße bis Odenthaler Straße - insbesondere den Knotenpunkt Hauptstraße/Odenthaler Straße - Planungsalternativen zu entwickeln.

Der Hauptausschuss fasst daraufhin mehrheitlich gegen die Stimme der BfBB folgenden **Beschluss**:

- II. **Dem vorgestellten Parkraumkonzept - Konzentration der zentralen größeren Parkierungseinrichtungen entlang der „Erschließungsspanne Gohrsmühle - Schnabelsmühle - Hauptstraße“ wird im Grundsatz zugestimmt und die Verwaltung mit der Vertiefung der Planung für ein Parkraumkonzept/Parkleitsystem beauftragt.**

5. **<-@**
Dienstreisen

@->

Herr Orth schlägt den Hauptausschussmitgliedern vor, über die TOP A 5.1 bis A 5.5 einen zusammengefassten Beschluss zu fassen.

Herr Lang schlägt vor, der Hauptausschuss möge auch eine generelle Genehmigung für Dienstreisen zu Sitzungen der Arbeitsgemeinschaft des Städte- und Gemeindebundes Nordrhein-Westfalen für den Regierungsbezirk Köln beschließen.

Herr Orth bekräftigt diesen Vereinfachungsvorschlag; der Beschlussvorschlag zur Vorlage 453/2008 (TOP A 5.5) könne entsprechend ergänzt werden. Dies entbinde die Rats- und Ausschussmitglieder jedoch nicht von der Verpflichtung, Dienstreisen gegenüber der Verwaltung im Voraus anzuzeigen.

Mit diesen Vorschlägen zeigt sich der Hauptausschuss einvernehmlich einverstanden.

Der Hauptausschuss fasst daraufhin einstimmig die im Folgenden unter TOP A 5.1 bis TOP A 5.5 aufgeführten **Beschlüsse**.

<-@
5.1 **Nachträgliche Genehmigung einer Dienstreise und Beschluss von generellen Dienstreisegenehmigungen**

@->

(Der Hauptausschuss fasst einstimmig folgenden **Beschluss**.)

<-@

@->

1. Die Dienstreise des Ratsmitglieds Brigitte Schöttler-Fuchs zur 27. Sitzung des Ausschusses für Gleichstellung des Städte- und Gemeindebundes NRW am 27.10.2008 in Düsseldorf wird nachträglich genehmigt.
2. Dem Ratsmitglied Brigitte Schöttler-Fuchs wird die generelle Dienstreisegenehmigung zu Sitzungen des Ausschusses für Gleichstellung des Städte- und Gemeindebundes NRW erteilt. Dem Ratsmitglied Dr. Peter Baeumle-Courth wird die generelle Dienstreisegenehmigung zu Sitzungen des Ausschusses für Schule, Kultur und Sport des Städte- und Gemeindebundes NRW erteilt.

<-@
5.2 **Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung hier: Dienstreise des Seniorenbeirates nach Iserlohn**

@->

(Der Hauptausschuss fasst einstimmig folgenden **Beschluss**.)

<-@

@->

Die der Vorlage beigefügte Dringlichkeitsentscheidung wird genehmigt.

<-@
5.3 **Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung hier: Genehmigung einer Dienstreise nach Essen**

@->

(Der Hauptausschuss fasst einstimmig folgenden **Beschluss**.)

<-@

@->

Die der Vorlage beigefügte Dringlichkeitsentscheidung wird genehmigt.

<-@
5.4 **Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung gemäß § 60 Absatz 2 GO NRW über die Genehmigung der Dienstreisen der Ratsmitglieder Fabian Schütz und Hendrik Sonnenberg sowie des sachkundigen Bürgers Mirko Komenda zum 1. ISG-Forum NRW am 24.11.2008 in Düsseldorf**

@->

(Der Hauptausschuss fasst einstimmig folgenden **Beschluss**.)

<-@

@->

Die Dringlichkeitsentscheidung vom 19.11.2008 über die Genehmigung der Dienstreisen der Ratsmitglieder Fabian Schütz und Hendrik Sonnenberg sowie des sachkundigen Bürgers Mirko Komenda zum 1. ISG-Forum NRW am 24.11.2008 in Düsseldorf wird gemäß § 60 Absatz 2 GO NRW genehmigt.

<-@

5.5 Dienstreisegenehmigung zur Teilnahme an der 70. Sitzung der Arbeitsgemeinschaft des Städte- und Gemeindebundes Nordrhein-Westfalen für den Regierungsbezirk Köln am 11.12.2008 in Lindlar

@->

(Der Hauptausschuss fasst einstimmig folgenden **ergänzten Beschluss**:)

<-@

@->

1. Die Dienstreisen der Ratsmitglieder Dr. Peter Baemle-Courth, Renate Beisenherz-Galas, Herbert Brenneiser, Erich Dresbach, Dr. Reimer Fischer, Wilfried Kamp, Jürgen Krafft, Robert Martin Kraus, Heinrich Lang, Günter Schneeloch, Waltraud Schneider, Brigitte Schöttler-Fuchs, Fabian Schütz und Klaus W. Waldschmidt zur 70. Sitzung der Arbeitsgemeinschaft des Städte- und Gemeindebundes Nordrhein-Westfalen für den Regierungsbezirk Köln am 11.12.2008 in Lindlar werden genehmigt.
2. Rats- und Ausschussmitgliedern wird die generelle Genehmigung für Dienstreisen zu Sitzungen der Arbeitsgemeinschaft des Städte- und Gemeindebundes Nordrhein-Westfalen für den Regierungsbezirk Köln erteilt.

<-@

6. Haushalt 2009

@->

Herr Lang regt an, es solle vor Allem im Rat auf eine umfassende Diskussion zum Haushalt 2009 verzichtet werden, wenn von vorneherein feststünde, dass der Haushalt nicht verabschiedet werde. Dies sei aus Gründen der Wirtschaftlichkeit sinnvoll.

Herr Dr. Kassner moniert, dass die in der Vorlage genannten Beträge im Haushaltsplan nicht aufgeführt würden. Er verweise beispielhaft auf die Produktgruppe 012.660 - ÖPNV. Auf Seite 3 der Vorlage 701/2008 (Seite 35 der Einladung) werde eine Ausgabe („Zuschuss (...) an die Stadtverkehrsgesellschaft“) in Höhe von 198.000,- EUR aufgeführt, die im Haushaltsplan auf Seite 269 nicht zu finden sei. Dies gelte entsprechend für die Änderungsliste auf Seite 97. Er fragt, ob die in der Vorlage benannten Zahlen in den Haushaltsplan eingearbeitet worden seien.

Herr Schäfer antwortet, es bestehe die Schwierigkeit, dass im Kernhaushalt Haushaltsziele abgebildet würden und sich die Mittel aber in den Wirtschaftsplänen wiederfänden. Es werde in der Vorlage in Bezug auf die Produktgruppe 012.660 auf die Seiten 265 ff. des Haushaltsplanes verwiesen, wo die Haushaltsziele aufgeführt würden. In den Erläuterungen auf Seite 266 des Haushaltsplanes sei dann der Hinweis vermerkt, dass sich der Zuschuss an die Stadtverkehrsgesellschaft in der Produktgruppe 001.200 - Finanzmanagement - wiederfinde.

Herr Dr. Kassner benennt als weiteres Beispiel die Ausführungen zur Produktgruppe 009.615 - Stadtentwicklungsplanung, Strategische Verkehrsentwicklungsplanung - auf Seite 2 der Vorlage (Seite 34 der Einladung). Hier sei ein Ansatz von 91.005,- EUR benannt. Auf den Seiten 239 des Haushaltsplanes und 87 der Änderungsliste könne er diesen Betrag ebenfalls nicht finden. Natürlich könne der Betrag in einem größeren dort aufgeführten Betrag enthalten sein; dies sei jedoch äußerst verwirrend.

Frau Koshofer schließt sich den Ausführungen von Herrn Dr. Kassner an. In der FDP-Fraktion habe man auf Grund der Differenzen darüber diskutiert, im Haushalt einen „Sperrvermerk“ in Höhe von 100.000,- EUR zu vermerken.

Herr Orth fragt, ob er dies als Antrag oder als Anregung interpretieren solle und bittet Frau Koshofer auch um inhaltliche Erläuterung.

Frau Koshofer verweist auf die in der Vorlage unter der Produktgruppe 009.615 benannten Zahlen (91.005,- EUR, 38.739,- EUR), die sie im Haushaltsplan nicht finden könne.

Herr Schmickler entgegnet, diese Zahlen seien die Veranschlagungen für die Haushalte 2008 und 2007. Für 2009 werde ein Ansatz in Höhe von 175.000,- EUR aufgeführt, der auch im Haushaltsplan enthalten sei.

Herr Dr. Kassner weist noch einmal darauf hin, er habe die Zahlen im Haushaltsplan 2009 unter der entsprechenden Produktgruppe nicht gefunden. Er habe dies jedoch nur für die Produktgruppen 009.615 und 012.660 überprüft. Es gehe ihm darum, dass in der Niederschrift über die heutige Sitzung vermerkt werde, dass die in der Vorlage benannten Zahlen im Haushaltsplan 2009 enthalten seien. Er erwarte dazu in der Sitzung des Finanz- und Liegenschaftsausschusses eine Erläuterung.

Dies wird von Herrn Mumdey zugesagt.

Herr Mömkes erläutert, es gehe der CDU-Fraktion darum, dass der Haushalt für die Ratsmitglieder verständlich und nachvollziehbar sein müsse.

Frau Koshofer weist darauf hin, dass das Ratsmitglied Gerhards der Verwaltung bei der praktischen „Umsetzung des Rechnungswesens im Dokumentenmanagementsystem bis zum 31.12.2009“ (Seite 7 der Vorlage bzw. Seite 39 der Einladung) seine Unterstützung anbieten wolle. Daran könnten sich auch gerne noch weitere Ratsmitglieder beteiligen.

Frau Beisenherz-Galas regt an, über die einzelnen Produktgruppen getrennt abzustimmen.

Herr Orth ergänzt, der Hauptausschuss habe die entsprechenden Vorlagen in der Vergangenheit nach Klärung der Verständnisfragen meist ohne eine Beschlussempfehlung an den Finanz- und Liegenschaftsausschuss verwiesen. So könne aus seiner Sicht auch heute für die Vorlage 701/2008 verfahren werden.

Mit diesem Verfahrensvorschlag zeigt sich der Hauptausschuss einvernehmlich einverstanden.

7.

<-@
Stellenplan 2009

@->

Herr Lang fragt, ob die vorgeschlagenen Stellenveränderungen - Beamte - in Zusammenhang mit dem „Beförderungsstau“ stünden, was von Herrn Orth verneint wird. Herr Lang erläutert zu Seite 2 der Vorlage (Seite 48 der Einladung), dass die dort erwähnte durchgeführte Stellenneubewertung der Vorlage hätte beigefügt werden sollen.

Zu den Stellenveränderungen im Bereich Beamte (Mittlerer und Gehobener Dienst) und im Bereich Beschäftigte sehe die BfBB-Fraktion keine Probleme. Herr Lang bittet unter Bezugnahme auf das Stellenplangutachten der KGSt darum, der BfBB-Fraktion bis zur Ratssitzung eine Übersicht darüber, wie viele Mitarbeiter den einzelnen Fachbereichsleitern zugeordnet seien und welches Volumen den einzelnen Fachbereichsleitern im Haushaltsplan in eigener Verantwortung zur Verfügung stehe, zukommen zu lassen. Die BfBB-Fraktion begrüße das Stellenplangutachten der KGSt. Er weise jedoch darauf hin, dass Stellenbewertungen in der Praxis auch von der Einstellung zum jeweiligen Stelleninhaber abhängig gemacht würden. Er halte es generell für nicht akzeptabel, wenn jetzt die Bewertung zweier Fachbereichsleiterstellen nach der Gemeindegrößenklasse III erfolge, während die Bewertung aller anderen Beamtenstellen nach der nächstkleineren Größenklasse IV erfolge. Dies sei schlicht ungerecht. Er habe zudem erfahren, dass für das nächste Jahr ohnehin ein neues Gutachten zu erwarten sei, das, sofern dies zuträfe, wohl besser abgewartet werden sollte. Zudem solle die Stadt gegenüber dem Städte- und Gemeindebund NRW ausdrücklich darauf hinweisen, dass es unmöglich sei, dass die Stadt einen erheblichen Aufwand (ca. 1.000.000,- EUR) zur Einziehung der Kindertagesstätten-Beiträge tragen müsse, ohne dafür vom Land einen Ausgleich zu erhalten. Im Interesse der städtischen Finanzen könne dabei auch darauf hingewiesen werden, dass die Einziehung der Beiträge wieder durch die jeweiligen Träger selbst erfolgen solle, wodurch der städtische Haushalt entlastet und die aktive Arbeit von ehrenamtlich Tätigen besser genutzt werden könne.

Herr Orth entgegnet, die Stadt müsse sich in Bezug auf die Kindertagesstätten an die gesetzlichen Vorgaben halten. Es treffe jedoch nicht zu, dass die Einziehung der Beiträge die Stadt mittlerweile ca. 1.000.000,- EUR koste. Zur genauen Höhe des Aufwands werde noch eine schriftliche Mitteilung erstellt.

Herr Lang bittet darum, diese Mitteilung noch vor der Ratssitzung zu erhalten.

Herr Orth antwortet, es treffe nicht zu, dass durch eine Stellenneubewertung zweier Fachbereichsleiterstellen nach Gemeindegrößenklasse III auch automatisch alle anderen Stellen nach dieser Größenklasse zu bewerten seien. Dies könne am besten im Zusammenhang mit dem von Herrn Lang erwähnten Gutachten durch die KGSt im kommenden Jahr untersucht werden. Die Untersuchungsergebnisse würden den Ratsmitgliedern auch zur Verfügung gestellt.

Herr Dr. Kassner vermisst in der Vorlage eine Übersicht über wegfallende Stellen. Von den sechs neuen Stellen sei eine wirklich notwendig, nämlich die Stelle für die Dichtigkeitsprüfung von privaten Abwasseranlagen. In Bezug auf die übrigen fünf neuen Stellen rege er eine Überprüfung an, ob diese nicht durch Mitarbeiter übernommen werden könnten, die derzeit auf „kw-Stellen“ eingesetzt würden. Damit

würde die Einrichtung der neuen Stellen möglicherweise überflüssig. Er halte es für notwendig, dass die Stellen der Fachbereichsleiter und der nachfolgenden Beamten nach der für Bergisch Gladbach gültigen Gemeindegrößenklasse III (100.000 bis 200.000 Einwohner) bewertet werden sollen; gutes Personal müsse auch gut entlohnt werden. Zudem halte er das Gutachten der KGSt für objektiv; es seien mit Sicherheit keine subjektiven Eindrücke in das Gutachten eingeflossen, da die Fachbereichsleiter den Gutachtern seines Wissens nicht bekannt seien. Herr Dr. Kassner beantragt, die im Stellenplan 2008 auf Seite 3 nach Besoldungsgruppe A 16 ausgewiesene Stelle 06-816 mit einem „kw-Vermerk“ zu versehen, d.h. zu überprüfen, ob diese Stelle künftig wegfallen könne.

Herr Orth antwortet, die Überprüfung, ob möglicherweise „kw-Stellen“-Inhaber verfügbar seien, wodurch die Ausweisung von fünf neuen Stellen überflüssig werden könnte, werde durch den Fachbereich 1 vorgenommen und eine schriftliche Antwort erstellt.

Herr Mömkes fragt, ob es zutrefte, dass eine Höherbewertung von Stellen von Beschäftigten und Beamten nicht automatisch auch eine Höhergruppierung der Stelleninhaber nach sich ziehe.

Herr Kreilkamp antwortet zusammenfassend, an dieser Stelle müsse zwischen Beschäftigten (d.h. Angestellten und Arbeitern) und Beamten unterschieden werden. Wenn in Bezug auf Beschäftigte die Merkmale für eine Höhergruppierung erfüllt seien, dann sei der Beschäftigte laut TVöD höher zu gruppieren.

Bei Beamten sei die Situation anders. Beamte hätten keinen Anspruch auf Beförderung. Im Beamtenrecht bestehe eine klare Trennung zwischen Stelle und Stelleninhaber. Für die Bewertung der Stelle spiele es keine Rolle, ob der Stelleninhaber gute oder schlechte Leistungen erbringe. Mit der Höherbewertung seiner Stelle habe ein Beamter, wie bereits erwähnt, keinen Rechtsanspruch auf Beförderung. Vor einer Beförderung eines Beamten sei eine Leistungsbeurteilung einzuholen.

Es sei aus seiner Sicht sachgerecht gewesen, die KGSt mit einem Gutachten über die Bewertung der Fachbereichsleiterstellen zu beauftragen. Herr Kreilkamp erläutert dazu, dass bei der analytischen Bewertung von Beamtenstellen ein bestimmtes Raster verwendet würde, innerhalb dessen in Abhängigkeit von den Stelleninhalten (z.B. Schwierigkeit der Informationsverarbeitung, dienstliche Beziehungen, Verantwortung etc.) Punkte vergeben würden. Dabei spiele es zunächst keine Rolle, welcher Größenklasse die Gemeinde zugeordnet werde. Damit aber in allen deutschen Städten möglichst ein einheitlicher Maßstab angewendet wird, habe die KGSt mittels eines Gutachtens sog. Musterbewertungen für typische Stellen in Gemeinden unterschiedlicher Größenordnungen erstellt, wobei im nächsten Jahr - wie schon von Herrn Lang erwähnt - ein neues Gutachten zu Musterbewertungen erstellt würde. In dem Gutachten werde darauf hingewiesen, dass selbstverständlich immer die Rahmenbedingungen der einzelnen Stelle berücksichtigt werden sollten und keine pauschale Zuweisung nach der Größenklasse erfolgen solle. Dies gelte insbesondere für die Städte, die sich - wie die Stadt Bergisch Gladbach - in Bezug auf ihre Größenklasse im „Grenzbereich“ befänden (Größenklasse IV: 50.000 bis 100.000 Einwohner, Größenklasse III 100.000 bis 200.000 Einwohner). Die Größenklasse stelle also einen Orientierungswert, aber keinen Automatismus dar.

Frau Schmidt-Bolzmann äußert den Eindruck der FDP-Fraktion, die Verwaltung habe

in den letzten Jahren in Bezug auf die Personalkosten „ziemlich üppig gelebt“. Wenn dies so weitergehe, werde sich die Stadt schnell im „Nothaushalt“ wiederfinden und könne wichtige Projekte unter Umständen nicht verwirklichen. Die Verwaltung solle daher keine Höherbewertung der beiden Fachbereichsleiterstellen vornehmen. Dies würde nach sich ziehen, dass auch andere eine Höherbewertung ihrer Stellen fordern. Es hätte in der Vergangenheit viele Möglichkeiten gegeben, die Personalkosten nicht derart „ausufernd“ zu lassen. So sei z.B. in Bezug auf Altersteilzeit nicht immer das Prinzip eingehalten worden, dass die betroffenen Stellen in der Freistellungsphase nicht neu besetzt werden; viele unbesetzte Stellen seien auch schnell wiederbesetzt worden. Als weiteres Beispiel seien im Stellenplan des Jahres 2002 für den Bereich Feuerwehr noch 80 Stellen ausgewiesen, im diesjährigen Stellenplan schon 120. Frau Schmidt-Bolzmann fragt, wie viele Stellen derzeit unbesetzt seien, wie groß die „Personalreserve“ sei und ob die Stadt Mitarbeiter beschäftige, die keiner Stelle zugewiesen seien.

Herr Kreilkamp antwortet, die Verwaltung habe viele Jahre um die Einsparung von Stellen gerungen. Es sei ihm jedoch nicht ersichtlich, warum Frau Schmidt-Bolzmann auf die Personalaufstockungen im Bereich Feuerwehr hinweise. Diese seien auf der Grundlage des Ratsbeschlusses über den Brandschutzbedarfsplan erfolgt, womit die Stadt lediglich gesetzliche Vorgaben umgesetzt habe. Auch anderen Stelleneinrichtungen und -besetzungen lägen zumeist politische Beschlüsse zu Grunde, die er nicht kritisieren wolle, da für die Beschlüsse gute Gründe bestanden hätten. Einen „Pool“ freier Stellen gebe es nicht. Die vorhandenen Stellen seien im Wesentlichen besetzt worden bzw. wo dies nicht der Fall sei, seien in einem anderen Bereich Stellen besetzt und dies verrechnet worden. In Bezug auf die Altersteilzeit habe die Verwaltung versucht, Einsparungen oder zumindest Kostenneutralität zu erreichen. Derzeit bestünden noch ca. 60 Altersteilzeitverhältnisse. Es sei selbstverständlich, dass man nicht alle frei werdenden Stellen auch frei halten könne. Aber auch dort, wo diese Stellen wieder besetzt würden, eröffneten sich Einspareffekte, da ein niedrigerer Altersdurchschnitt finanzielle Einsparungen nach sich ziehe.

Herr Orth ergänzt, die Fragen nach der Zahl der unbesetzten Stellen, der Größe der „Personalreserve“ und danach, ob die Stadt Mitarbeiter beschäftige, die keiner Stelle zugewiesen seien (geförderte Stellen), würden schriftlich beantwortet.

Herr Lang erläutert, die BfBB-Fraktion sei gegen jede zusätzliche Stelle, aber für weitgehende Beförderung, da durch Motivation bessere Arbeitsleistungen erzielt werden könnten. Herr Lang bittet um eine separate Darstellung des Aufwandes für Beförderungen und des Aufwandes für Neueinstellungen. In der Vorlage sei unter „Finanzielle Auswirkungen“ lediglich ein Gesamtaufwand in Höhe von 235.608,- EUR aufgeführt. Er beantragt, der Hauptausschuss möge die Vorlage ohne Beschlussempfehlung an den Rat verweisen.

Herr Kreilkamp antwortet, auf die vorgeschlagenen Stellenanhebungen würde insgesamt ein Aufwand von ca. 65.000,- EUR pro Jahr entfallen.

Herr Schütz fragt, wie der dargestellte Aufwand in Höhe von 235.608,- EUR finanziert werden solle, worauf Herr Mumdey antwortet, dass dafür mehr Kassenkredite aufgenommen werden müssten. Herr Schütz entgegnet, die vorgeschlagenen Stellenveränderungen (Anhebungen) und Einrichtung neuer Stellen

würden konsumtive Ausgaben verursachen, die nicht durch Kredite finanziert werden dürften. Wer eine derartige Ausgabenerhöhungen beschließen wolle, der müsse ehrlicher Weise auch ein Finanzierungskonzept vorlegen. Dafür kämen in letzter Konsequenz wohl nur Abgabenerhöhungen in Frage, was man im Wahljahr 2009 wohl vermeiden wolle. Die Fraktion KIDitiative werde dem Stellenplan 2009 auf Grund des fehlenden Finanzierungskonzeptes nicht zustimmen.

Herr Schütz fragt, ob die benannten Fachbereichsleiterstellen wieder neu bewertet bzw. zurückgestuft werden müssten, wenn die Einwohnerzahl der Stadt unter 100.000 falle, was von Herrn Orth bejaht wird. Herr Orth führt aus, ein derartiges Absinken der Einwohnerzahlen sei jedoch auch langfristig sehr unwahrscheinlich. In Bezug auf die Kommunalfinanzen entgegnet Herr Orth, dass er die Stadt nicht allein in der Verantwortung sehe. Die Einflussmöglichkeiten der Stadt seien auf der Einnahmeseite sehr begrenzt (Hebesätze für Grundsteuer A und B sowie die Gewerbesteuer). Im Vergleich mit vielen anderen Städten in Nordrhein-Westfalen gehe es der Stadt Bergisch Gladbach aber noch relativ gut. Bezüglich des Finanzausgleichs zwischen Bund, Ländern und Gemeinden bestehe aus seiner Sicht erheblicher Handlungsbedarf. Ob für die entstehenden Mehrausgaben Kassenkredite in Anspruch genommen werden müssten, bleibe abzuwarten; dies sei natürlich abhängig von der Liquiditätsentwicklung im kommenden Jahr. Der Ergebnisplan werde mit einem Fehlbetrag schließen, der durch eine Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage finanziert werde.

Herr Dr. Baeumle-Courth erläutert, das Land NRW habe den Kommunen in den letzten Jahren Aufgaben übertragen und nicht für eine adäquate Finanzierung gesorgt. Es bestehe ein strukturelles Problem, wenn die Kommunen ihre Pflichtaufgaben nicht aus ihren Einnahmen finanzieren könnten.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werde auch der Einrichtung der sechs neuen Stellen zustimmen, da die Begründung zur Einrichtung der Stellen stichhaltig sei, auch wenn zu anderen Stellen im Haushalt genug Anlass zur Kritik bestehe. Unter exemplarischer Bezugnahme auf die Einrichtung neuer Stellen im Fachbereich 5 weist Herr Dr. Baeumle-Courth darauf hin, dass die Stadt natürlich dafür sorgen müsse, dass für die Bearbeitung der städtischen Einnahmen - hier im Bereich Elternbeiträge - selbstverständlich auch genug Personal zur Verfügung gestellt werden müsse. Dies dürfe die FDP-Fraktion und auch einige Mitglieder der CDU-Fraktion nicht verkennen. Langfristig könnte der Personalaufwand nur durch eine Reduzierung bzw. Vereinfachung von Aufgaben verringert werden. Er empfehle eine umfangreiche Ausweitung von E-Government, welches derzeit nur ansatzweise eingesetzt werde. In der Vorlage werde deutlich, dass auch die Personalreserve eingesetzt werde; wenn es jedoch regelmäßig Einsätze aus der Personalreserve gebe, so sei dies ein Indikator für ein bestehendes Problem, das zu beheben sei.

Herr Waldschmidt äußert seine Verwunderung darüber, dass der Rat auch mit den Stimmen der FDP-Fraktion zunächst den Brandschutzbedarfplan beschließe und die FDP-Fraktion dann die Einrichtung der neuen Stellen im Bereich Feuerwehr kritisiere. Es verwundere ihn außerdem, dass die Fraktion KIDitiative dem Stellenplan nicht zustimmen und damit beispielsweise auf die Einstellung einer Sozialarbeiterin für den Bereich Jugendgerichtshilfe verzichten wolle. Die bisherigen Meinungsäußerungen seien teilweise schlichtweg Unsinn gewesen.

Wer das Gutachten der KGSt zur Bewertung von Fachbereichsleiterstellen für unzutreffend halte, der solle seine Kritik äußern. Die SPD-Fraktion halte die Umsetzung des Ergebnisses des Gutachtens jedoch für eine Frage der Fairness

gegenüber den betreffenden Fachbereichsleitern. Zu dem Antrag von Herrn Dr. Kassner, die Stelle 06-816 mit einem „kw-Vermerk“ zu versehen, bittet Herr Waldschmidt Herrn Schmickler um Stellungnahme.

Herr Schmickler antwortet, die Stelle sei zwar unter einer anderen Organisationsstruktur eingerichtet worden, der Stelleninhaber betreue aber viele große Projekte der Stadt Bergisch Gladbach, wie z.B. die die Anbindung an die A 4 und die großen Verkehrs- und Kanalbaumaßnahmen wie die im Bereich Driescher Kreuz, Tannenbergsstraße usw. Diese und andere Arbeiten würden die Beibehaltung der Stelle wohl auch noch längere Zeit legitimieren. Bei einem Eintritt des derzeitigen Stelleninhabers in den Ruhestand könne jedoch über eine Neubewertung nachgedacht werden. Die Stelle müsse sicher nicht auf Dauer mit A 16 geführt werden. Er empfehle daher, die Stelle nicht mit einem „kw-Vermerk“, sondern mit einem „ku-Vermerk“ zu versehen.

Herr Dr. Kassner erklärt sich mit einer entsprechenden Änderung seines Antrages einverstanden.

Frau Schmidt-Bolzmann entgegnet auf die vorhergegangenen Stellungnahmen, die FDP-Fraktion wolle lediglich die finanzielle Entscheidungsfreiheit der Stadt Bergisch Gladbach erhalten. Dazu müsse man die Personalkosten grundsätzlich restriktiv behandeln. Hier sehe die FDP-Fraktion das grundsätzliche Problem, dass auf einer tieferen Ebene viel an den politischen Gremien „vorbei laufe“. Man dürfe nur das ausgeben, was unbedingt nötig sei, um sich Handlungsspielraum zu bewahren.

Herr Orth lässt daraufhin über den modifizierten Antrag von Herrn Dr. Kassner, die Stelle 06-816 mit einem „ku-Vermerk“ zu versehen, abstimmen:

Der Hauptausschuss nimmt den Antrag einstimmig an.

Daraufhin lässt Herr Orth über den Antrag von Herrn Lang, der Hauptausschuss möge die Vorlage ohne Beschlussempfehlung an den Rat verweisen, abstimmen:

Für diesen Antrag stimmen FDP und BfBB. Mit Gegenstimmen von CDU und SPD wird der Antrag bei Enthaltung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und KIDitiative mehrheitlich abgelehnt.

Herr Lang bittet um eine getrennte Abstimmung der einzelnen Beschlussvorschläge der Vorlage.

Der Hauptausschuss fasst daraufhin mehrheitlich gegen die Stimmen von FDP und KIDitiative bei Enthaltung der BfBB folgende **Beschlussempfehlung**:

Dem Beschlussvorschlag unter Buchstabe A) der Vorlage wird zugestimmt.

Der Hauptausschuss fasst daraufhin mehrheitlich gegen die Stimmen von FDP und KIDitiative bei Enthaltung der BfBB folgende **Beschlussempfehlung**:

Dem Beschlussvorschlag unter Buchstabe B) der Vorlage wird zugestimmt.

Der Hauptausschuss fasst daraufhin mehrheitlich gegen die Stimmen von FDP, KIDinitiative und BfBB folgende **Beschlussempfehlung**:

Den Beschlussvorschlägen unter Buchstabe C) der Vorlage wird zugestimmt.

<-@

8. **Abordnung städtischer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der K-A-S sowie des Sachgebietes Unterhaltsheranziehung zum Rheinisch-Bergischen Kreis**

@->

Herr Lang erläutert, die BfBB-Fraktion habe nach Gesprächen mit einigen Betroffenen und dem Personalrat angeregt, dass der Kreis die Mitarbeiter übernehmen solle. Er fragt, ob es zutreffe, dass nicht nur die Mitarbeiter abgeordnet werden sollen, die bereits in den Räumlichkeiten der Kreisverwaltung arbeiten, sondern auch andere. Falls dies zutreffe, wüsche er eine Begründung zu erfahren. Zudem wolle er wissen, ob durch die Abordnungen künftige Beförderungen der Mitarbeiter verhindert würden und ob eine Verpflichtung bestehe, dazu auch den Personalrat zu befragen, ob dies geschehen sei und ob es Ziel bleibe, dass der Kreis die Mitarbeiter übernehme.

Die letzte Frage wird von Herrn Orth bejaht. Es sollten nicht nur Mitarbeiter der KAS, sondern wegen der hohen inhaltlichen Schnittmenge auch Mitarbeiter des Sachgebiets Unterhaltsheranziehung abgeordnet werden.

Herr Kreilkamp antwortet ergänzend, dass bei einer Abordnung die wesentlichen Zuständigkeiten des ursprünglichen Dienstherrn erhalten bleiben würden. Im vorliegenden Fall übernehme der Kreis zwar die Dienst- und Fachaufsicht über die Mitarbeiter; für Beförderungen, Kündigungen etc. der abgeordneten Mitarbeiter bleibe die Stadt jedoch weiter zuständig. Diese würden in Bezug auf Beförderungen bei Stellenanhebungen so behandelt, als ob sie weiterhin in der „Kernverwaltung“ arbeiten würden.

Der Hauptausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

<-@

9. **Pflege der städtepartnerschaftlichen Beziehungen**

@->

Herr Dr. Baeumle-Courth bittet darum, einer eventuellen Einladung durch die Partnerstadt Marijampole anlässlich des dortigen Stadtfestes (Seite 13 der Vorlage bzw. Seite 71 der Einladung) nicht nur mit einem Besuch von zwei, sondern von mindestens drei Personen nachzukommen.

Herr Mömkes erläutert zum Besuch von Vertretern der Partnerstadt Pszczyna, zu dessen Ausklang laut Vorlage ein gemeinsames Abendessen in einem China-Restaurant stattgefunden habe (Seite 10 der Vorlage bzw. Seite 68 der Einladung), dass dafür besser eine hiesige Gastronomie hätte aufgesucht werden können.

Herr Orth entgegnet, die internationale Küche habe auch in Bergisch Gladbach auf vielfältige Weise Einzug erhalten. Nach seiner Erinnerung habe sich die

Restaurantauswahl auch an Wünschen der Gäste orientiert.

Der Hauptausschuss fasst daraufhin einstimmig bei Enthaltung der BfBB folgenden **Beschluss**:

<-@

@->

Die für das Jahr 2009 vorgesehenen städtepartnerschaftlichen Aktivitäten werden gebilligt.

<-@

11. **Regionale 2010 Königsforst/Wahner Heide hier: Beitritt zu den Vereinen "Forum Nationales Naturerbe Wahner Heide/Königsforst e.V." sowie "Historisches Forsthaus Steinhaus im Königsforst e.V."**

@->

Herr Orth erläutert, der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr habe den Beschlussvorschlag in seiner Sitzung am 04.12.2008 ergänzt. Er schlage vor, der Hauptausschuss möge über die so ergänzte Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr entscheiden.

Hiermit zeigt sich der Hauptausschuss einvernehmlich einverstanden.

Der Hauptausschuss fasst daraufhin einstimmig bei Enthaltung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN folgenden **Beschluss**:

1. **Die Stadt Bergisch Gladbach tritt dem neu zu gründenden Dachverband „Forum Nationales Kulturerbe Wahner Heide/Königsforst e.V.“ bei (Gründungsmitglied).**
2. **Die Stadt Bergisch Gladbach tritt dem neu zu gründenden Trägerverein „Historisches Forsthaus Steinhaus e.V.“ bei.**
3. **Der Beitrag zu beiden Vereinen soll höchstens 1.000,- EUR p.a. betragen**
4. **Die Stadt fühlt sich nicht verpflichtet, Kosten für weitere Investitionen zu übernehmen.**

<-@

12. **Neufassung der Hauptsatzung der Stadt Bergisch Gladbach**

@->

Herr Orth erläutert, der Ausschuss für die Gleichstellung von Frau und Mann habe eine vom Verwaltungsvorschlag abweichende Beschlussempfehlung gefasst, nämlich eine Streichung von § 13 Absatz 5 Satz 4 des Entwurfes der Hauptsatzung. Der entsprechende Vorabauszug aus der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für die Gleichstellung von Frau und Mann am 12.11.2008 sei den Hauptausschussmitgliedern mit der Einladung zur heutigen Sitzung übersandt worden.

Die Verwaltung schlage jedoch vor, dem Beschlussvorschlag in der Fassung der

Vorlage zuzustimmen. Der ursprüngliche Entwurf der Hauptsatzung sei auf Vorschlag des Städte- und Gemeindebundes NRW wie in der Vorlage dargestellt präzisiert worden.

Frau Kreft erläutert, die SPD-Fraktion werde der Beschlussempfehlung des Ausschusses für die Gleichstellung von Frau und Mann zustimmen.

Dem schließt sich Frau Koshofer für die FDP-Fraktion an. Die Gleichstellungsbeauftragte müsse das Recht haben, über ihre Teilnahme an Vorhaben und Maßnahmen selbst zu entscheiden; anderenfalls sei sie „ein zahloser Tiger“, was von der FDP-Fraktion nicht gewünscht sei.

Herr Mömkes äußert die Ablehnung der Beschlussempfehlung des Ausschusses für die Gleichstellung von Frau und Mann durch die CDU-Fraktion.

Herr Lang weist darauf hin, dass bei Fragen der Gleichstellung nicht nur von Frauen die Rede sein dürfe. Die Gleichberechtigung sollte auch umgekehrt gelten, denn es gebe manchmal auch Männer, die benachteiligt würden. Die Einstellung des Bürgermeisters halte er in Bezug auf die vorliegende Frage jedoch für „überzogen“.

Herr Orth widerspricht dieser letzten Einschätzung von Herrn Lang.

Frau Beisenherz-Galas spricht sich für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ebenfalls für die Beschlussempfehlung des Ausschusses für die Gleichstellung von Frau und Mann aus.

Herr Dr. Kassner fragt, wie künftig zu verfahren sei, wenn der Bürgermeister im Streitfall anderer Meinung sei als der Ausschussvorsitzende. Ihn interessiere auch, ob die Vorsitzende des Ausschusses für die Gleichstellung von Frau und Mann in Abstimmung mit der Gleichstellungsbeauftragten jede Angelegenheit zu einer Gleichstellungsfrage machen könne.

Herr Orth antwortet, die Ausschussvorsitzenden entschieden im Streitfall für ihren Ausschuss, ob eine Angelegenheit gleichstellungsrelevant sei oder nicht.

Herr Schütz fragt, warum Herr Schmickler den Titel „Stadtbaurat“ nicht mehr führen dürfe, worauf Herr Orth antwortet, dass dies gesetzlich nicht zulässig sei. Herr Orth weist noch auf weitere Änderungen hin, die in der der Vorlage als Anlage beigefügten Synopse dargestellt würden.

Herr Schütz äußert sich sehr kritisch zu dem der Vorlage als Anlage beigefügten Schriftverkehr. Dass sich Ministerialbeamte auf Kosten der Steuerzahler heutzutage mit derartigen „Lapalien“ beschäftigen müssten, sei wohl ein Indikator dafür, dass es den Deutschen sehr gut gehe. Er selbst werde sich bei der Abstimmung über diese Frage enthalten.

Herr Mömkes beantragt eine Änderung des § 11 Absatz 3 des Entwurfes der Hauptsatzung wie folgt: „Der Rat wählt aus seiner Mitte ohne Aussprache maximal vier ehrenamtliche Stellvertreterinnen/Stellvertreter der Bürgermeisterin/des Bürgermeisters.“

Herr Orth erläutert, es müsse zunächst geklärt werden, ob eine derartige flexible

Formulierung rechtmäßig wäre. Dies werde die Verwaltung bis zur Ratssitzung überprüfen. Er schlage vor, den Antrag bis dahin zurückzustellen und bittet Herrn Mömkes, den Antrag im Bedarfsfall in der Ratssitzung erneut zu stellen.

Hiermit zeigt sich Herr Mömkes einverstanden.

Herr Orth lässt daraufhin über die Beschlussempfehlung des Ausschusses für die Gleichstellung von Frau und Mann abstimmen.

Der Hauptausschuss fasst mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der KIDinitiative folgende **Beschlussempfehlung**:

§ 13 Absatz 5 Satz 4 des der Vorlage als Anlage beigefügten Entwurfs der Hauptsatzung wird gestrichen.

Herr Orth lässt daraufhin über den so modifizierten Beschlussvorschlag abstimmen.

Der Hauptausschuss fasst mit der Mehrheit seiner Mitglieder von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, KIDinitiative und BfBB bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen folgende **Beschlussempfehlung**:

Die Hauptsatzung der Stadt Bergisch Gladbach wird in der so modifizierten Fassung beschlossen.

13. **Informationen zur geschäftlichen Entwicklung von Beteiligungsgesellschaften**

@->

Herr Lang erläutert, er habe in Ergänzung seiner Anfragen aus der vergangenen Ratssitzung zum Thema „Bädergesellschaft“ weitere Fragen an die Verwaltung gerichtet, die noch nicht beantwortet worden seien. Die BfBB-Fraktion interessiere nicht der Zuschuss pro Besucher, sondern welche Kosten die Benutzung durch Schulen etc. verursache und was dann für den einzelnen Besucher „übrig bleibe“.

Herr Orth antwortet, er habe das Antwortschreiben heute unterzeichnet. Die Fragen würden beantwortet.

Frau Schmidt-Bolzmann fragt, ob sich der Erwerb eigener Anteile durch die Rheinisch-Bergische Siedlungsgesellschaft mbH wiederholen lasse. In 2007 habe die Stadt dadurch zusätzliche Einnahmen in Höhe von 1.000.000,- EUR erzielen können.

Herr Mumdey antwortet, dass sich dies nicht verwirklichen lasse; anderenfalls hätte er selbst schon einen entsprechenden Vorschlag unterbreitet.

Frau Beisenherz-Galas fragt, warum der Wirtschaftsplan 2008 der Rheinisch-Bergischen Technologiezentrum GmbH mit einem Verlust von 30.900,- EUR schließe, obwohl die Umsatzerlöse in 2007 gestiegen seien. Sie fragt zusätzlich, ob es zutreffe, dass dies für die Stadt nur einen Verlust von ca. 15.000,- EUR bedeute.

Herr Schmickler antwortet, das Technologiezentrum sei nicht darauf ausgelegt,

monetäre Gewinne zu erwirtschaften. Derartige Institutionen seien Zuschussgeschäfte. Der Gewinn für die Stadt bestehe in der durch die Gesellschaft erreichten Wirtschaftsförderung. Das Technologiezentrum ermögliche jungen Berufsanfängern durch Beratung und niedrige Mieten den Schritt in die Selbstständigkeit und habe in Bergisch Gladbach Arbeitsplätze in vierstelliger Höhe geschaffen.

Der Verlustausgleich für die Gesellschafter Stadt und Kreis sei auf 100.000,- EUR begrenzt. Mit einem Verlust von 30.900,- EUR sei insgesamt ein gutes Ergebnis erzielt worden.

Frau Beisenherz-Galas entgegnet, dass im Technologiezentrum nicht nur Berufsanfänger, sondern auch große lukrative Unternehmen ansässig seien, die unter Umständen keine Zuschüsse mehr benötigen würden.

Herr Schmickler weist darauf hin, dass zwischen dem Technologiezentrum und dem Technologiepark unterschieden werden müsse. Im Technologiezentrum seien „Start-Up-Unternehmen“ angesiedelt. Dabei handele es sich tatsächlich nicht immer um Berufsanfänger. Die „großen Mieter“ seien aber eher im Technologiepark angesiedelt. Technologiezentrum und Technologiepark arbeiteten Hand in Hand und würden voneinander profitieren.

Der Hauptausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

14. <-@
Änderung in der Besetzung des Beirates für die Belange von Menschen mit Behinderungen

@->

Der Hauptausschuss fasst einstimmig folgende **Beschlussempfehlung**:

<-@

@->

1. **Der Rat wählt auf Vorschlag von „Die Kette e.V.“ Frau Ruth Holl an Stelle von Frau Almut Wellige zum stimmberechtigten Mitglied im Beirat für die Belange von Menschen mit Behinderungen.**
2. **Der Rat wählt auf Vorschlag von „Die Kette e.V.“ Frau Almut Wellige an Stelle von Frau Ruth Holl zum stellvertretenden stimmberechtigten Mitglied im Beirat für die Belange von Menschen mit Behinderungen.**

15. <-@
Anträge der Fraktionen

15.1 **Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90 /DIE GRÜNEN vom 24.11.2008, den sachkundigen Bürgerinnen und Bürgern den Zugang zum nichtöffentlichen Bereich des Ratsinformationssystems zu ermöglichen**

@->

Herr Dr. Baeumle-Courth erläutert, er betrachte die Stellungnahme der Verwaltung als Zustimmung zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Herr Dr. Kassner fordert ein funktionierendes Ratsinformationssystem. Momentan sei

das System wieder abgeschaltet.

Herr Orth verweist Herrn Dr. Kassner auf den Tagesordnungspunkt B 3 der heutigen Sitzung. Auf eine Abstimmung über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN könne verzichtet werden; die Verwaltung werde wie dargestellt verfahren.

Hiermit zeigt sich der Hauptausschuss einvernehmlich einverstanden.

16. <-@
Anfragen der Ausschussmitglieder

@->
Frau Schmidt-Bolzmann: Anfragen zum Stellenplan 2009

Frau Schmidt-Bolzmann wiederholt ihre Fragen aus den Beratungen zu TOP A 7 (Stellenplan 2009) der heutigen Sitzung, wie viele Personen sich derzeit in der überplanmäßigen Personalreserve befänden und wie viele unbesetzte Stellen im Jahr 2008 wiederbesetzt worden seien.

Herr Kreilkamp verweist auf eine schriftliche Beantwortung der Anfrage.

Frau Schmidt-Bolzmann bittet um eine möglichst schnelle Beantwortung, was ihr von Herrn Kreilkamp auch zugesichert wird.

Herr Dr. Baeumle-Courth: Anfrage zur Bücherei Bensberg

Herr Dr. Baeumle-Courth erläutert, am 30.06.2009 laufe der Übergangsmietvertrag aus und er habe momentan keine ruhige Zuversicht, dass der Übergang der Bücherei Bensberg ins ProGymnasium reibungslos von statten gehen werde. Er fragt, ob der Bürgermeister ihn diesbezüglich beruhigen könne.

Herr Orth antwortet, er vertraue nach wie vor auf die Zusammenarbeit mit dem ProGymnasium e.V., könne jedoch nicht verhehlen, dass er enttäuscht sei, dass es bisher noch nicht zu einem Fortgang des Projektes gekommen sei. Insoweit seien Zusagen leider nicht eingehalten worden. Er sei aber zuversichtlich, dass alles zu einem guten Ende kommen werde.

Herr Orth schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.

<-@